

Schweizer Staatsmodell ist zukunftstauglicher als die EU

Gespräch mit Dr. Kurt Weigelt, Unternehmer und langjähriger Direktor der IHK St. Gallen-Appenzell*



Kurt Weigelt
(Bild zvg)

mw. Erfreulicherweise melden sich immer mehr Persönlichkeiten, gerade auch aus der Wirtschaft, zu Wort, die das EU-Vertragspaket aus grundsätzlichen Erwägungen zurückweisen. So auch der St. Galler Einzelhandels-Unternehmer und frühere Direktor der Industrie- und Handelskammer IHK St. Gallen-Appenzell, Kurt Weigelt. In seinem kürzlich erschienenen Buch «Die Eidgenossenschaft im 21. Jahrhundert. Eine alte Idee für eine neue Zeit» bringt er die Verbindung zwischen der Geschichte der Schweiz und ihrer künftigen gedeihlichen Entwicklung überzeugend zum Ausdruck. In seinen Publikationen und im persönlichen Gespräch setzt der Autor

beim Schweizer Staatsverständnis an, aufgebaut von unten nach oben und deshalb unvereinbar mit dem zentralisierten EU-System. Dem kurzfristigen Denken mancher Wirtschaftsvertreter hält Kurt Weigelt entgegen, dass die politische Stabilität der Schweiz – basierend auf der direkten Demokratie, dem Föderalismus und dem Milizsystem – unverzichtbare Bedingung für den qualitativ hochstehenden Schweizer Wirtschaftsstandort ist.

Zeit-Fragen: Herr Weigelt, Sie weisen in Ihren Stellungnahmen darauf hin, dass die Diskussion über den Vertrag mit Brüssel beim Staatsverständnis der EU und der Schweiz ansetzen muss, die nicht miteinander kompatibel sind. Ich zitiere aus der Einleitung Ihres neuesten Buches: «Die Eidgenossenschaft als Staatsidee hat Zukunft. Ein von unten nach oben aufgebautes Gemeinwesen ist weit besser auf die Herausforderungen einer fragmentierten Gesellschaft vorbereitet als zentral verwaltete politische Systeme. [...] Nicht verhandelbar ist das genossenschaftliche Staatsverständnis. Dieses macht das Erfolgsmodell Schweiz aus und darf keinen kurzfristigen politischen oder wirtschaftlichen Interessen geopfert werden.» Diese Worte sprechen für sich selbst. Können Sie trotzdem noch etwas dazu sagen?

Kurt Weigelt: Es ist eigentlich mein zentrales Anliegen. Ich gehe auch auf die Geschichte ein, versuche die Schweiz von der Geschichte her zu erklären und zu verstehen. Aber eigentlich ist ja die entscheidende Frage, ob die Schweiz als politisches System, unsere direkte Demokratie, zukunftstauglich ist. Oder gehört die Zukunft zentral verwalteten grossen Konglomeraten, supranationalen Gebilden? Und das glaube ich definitiv nicht.

Wenn man dieser Frage auf den Grund geht, dann ist dieses Denken, dass alles einheitlich sein muss, dass alles zentral verwaltet werden muss, die Normung, die Standards, das ist für mich das Denken aus der industriellen Gesellschaft, das Denken aus dem 19. und 20. Jahrhundert, als es darum ging, die Massengesellschaft zu verwalten. Heute sind wir in einer ganz anderen gesellschaftlichen Situation, vor allem auch mit Blick auf die Digitalisierung, aber auch auf die Globalisierung, auf die Migration. Die Gesellschaft ist sehr fragmentiert. Wir haben heute selbst in Deutschland sechs Parteien, in Italien sind die grossen Parteien schon länger zusammengebrochen, wir haben Bewegungen, dort sieht man es am besten. Jetzt ist in Spanien das politische System am Zusammenbrechen. Alle Lösungen, die darauf aus sind, alles zu vereinheitlichen, die müssen scheitern in der heutigen Gesellschaft.

Die Schweiz ist von ihrer Geschichte her darauf ausgelegt, mit Verschiedenheit umzugehen. Das ist das Prinzip in der Genossenschaft, wo sehr unterschiedliche Einheiten miteinander arbeiten und miteinander gemeinsame Lösungen finden. Wir haben gelernt, mit mehreren Sprachen umzugehen, in der Vergangenheit auch mit konkurrierenden Religionen, wir haben unterschiedliche kulturelle Grundlagen, wir haben immer auch Migranten aufgenommen. Die Schweiz ist von ihrem System her darauf ausgelegt, Verschiedenheiten zu absorbieren. Und darum glaube ich, dass die Schweiz, dass unser Staatssystem viel besser in der Lage ist, die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen, als unsere Nachbarstaaten oder eben die EU.

Typisch ist für mich Deutschland. Die müssen Brandmauern bauen, die müssen Parteien ausgrenzen, die müssen Konfliktstrategien fahren, weil sie nicht in der Lage sind, mit der veränderten politischen Landschaft umzugehen. Aber die Schweiz hat seit jeher damit gelebt, diese unterschiedlichen gesellschaftlichen Strömungen zum Beispiel in den Bundesrat zu tragen. Darum bin ich schon sehr sicher – das ist ein Thema, das mich schon sehr lange beschäftigt –, dass die Schweiz von der Grundlage her viel besser aufgestellt ist als unsere Nachbarstaaten.

Mich freut Ihre Frage [am Anfang], denn das ist mein zentrales Anliegen. Und das wird selten nachgefragt. Sondern man diskutiert über die Vergangenheit und über die Tagespolitik, aber eigentlich geht es um die Zukunft. Ich bin schon überzeugt, dass wir zukunftsfähig sind.

Als Unternehmer und früherer Direktor der Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell (IHK) stört es Sie, dass die heutigen Wirtschaftsverbände in ihren Positionspapieren zur Beziehung Schweiz-EU zu einseitig wirtschaftlich argumentieren. Fehlt das geschichtliche und staatsrechtliche Wissen?

Ich habe kein Problem damit, dass es innerhalb einer Organisation unterschiedliche Meinungen gibt. Das gehört zu unserem politischen System, und diese unterschiedlichen Meinungen müssen wir einerseits austragen, aber auch aushalten. Was ich etwas bedaure, ist, dass vor allem das staatspolitische Denken in den Wirtschaftsverbänden nicht in dem Mass vorhanden ist, wie es meiner Ansicht nach sein sollte. Und da war ich vielleicht mit meiner Ausbildung, meiner staatsrechtlichen Doktorarbeit, etwas ein Sonderfall innerhalb der Wirtschaftsverbände, und einer meiner Präsidenten [der IHK St. Gallen-Appenzell] war Konrad Hummler, er hat noch ähnlich gedacht. Wir haben uns mit diesen staatspolitischen Fragen sehr intensiv auseinandergesetzt, und das ist eine Disziplin, die heute in den Wirtschaftsverbänden zu kurz kommt.

Und man überlegt nicht einmal unbedingt wirtschaftspolitisch, sondern rein kurzfristig, welche kurzfristigen Optimierungen gibt es. Letztlich geht es aber um Fragen der langfristigen Entwicklung, die wir beantworten müssen.

Aber auch aus kurzfristiger Sicht verstehe ich nicht, dass economiesuisse und andere Wirtschaftsverbände, die im Inland dringend weniger Bürokratie fordern, dem EU-Paket zustimmen. Das würde der Wirtschaft doch weit mehr Bürokratie bringen.

Die Grossunternehmen können eben mit der Bürokratie besser leben als die kleineren und mittleren Unternehmen, das hat sogar einmal der Bund ausgerechnet. Je mehr Mitarbeiter sie haben, um so kleiner werden die Bürokratiekosten pro Kopf. Bürokratie ist also primär ein Problem für die KMU. Die economiesuisse-Unternehmen, die Konzerne mit Rechtsabteilungen, die können mit diesen Themen umgehen. Darum sind für die Grossunternehmen die Bürokratiekosten kein entscheidender Faktor.

In Ihrem kürzlich erschienenen Interview im «St. Galler Tagblatt»¹ haben Sie gesagt, dass die Spitzen in Politik und Wirtschaft es nicht so gern haben, wenn das Stimmvolk sich dreinmisch.

Meines Erachtens ist das Verhältnis von Wirtschaftsverbänden und direkter Demokratie eher eine Zwangsheirat und keine Liebesbeziehung. Die direkte Demokratie war von ihrer Ursprungsidee her gegen die Machtkonzentration in der Wirtschaft und der Politik gerichtet. Eine economiesuisse, auch eine Handelskammer St. Gallen-Appenzell haben noch nie ein Referendum ergriffen oder eine Initiative gestartet. Sie sind nicht referendumsfähig, im Gegensatz zu den Gewerkschaften, die eine ganz andere politische Vergangenheit haben. Und das ist darum nachvollziehbar, weil die Wirtschaftsverbände sich früher auf eine Mehrheit in den Regierungen (der Kantone und des Bundes) verlassen konnten. Das ist heute aber nicht mehr der Fall. Wir haben keine Regierungen mehr mit einer vorbehaltlos wirtschaftsfreundlichen Mehrheit. Die Wirtschaftsverbände haben diese Veränderung ihrer Rolle nicht wirklich absorbiert. Sie verhalten sich immer noch so wie vor fünfzig Jahren. Das funktioniert einfach nicht mehr ganz. Die Direktorin von economiesuisse ist nicht mehr der achte Bundesrat [wie ihr Vorgänger, der Handels- und Industrieverein, mw]. Das ist Vergangenheit. Und diese Transformation, die gelingt nicht wirklich.

Der Titel des erwähnten Interviews mit Ihnen ist: «Diese EU-Verträge brauchen wir nicht». Immer mehr Schweizer Unternehmer äussern sich in dieselbe Richtung. Kann der Schweizer Wirtschaftsplatz also auch auf der Grundlage der bestehenden Verträge mit der EU leben?

Also, ich glaube, die Wirtschaft kann sich grundsätzlich mit jeder Form der Zusammenarbeit arrangieren. Sie muss sich einfach auf die äusseren Rahmenbedingungen einstellen. Ich glaube wirklich, dass die Wirtschaft diese EU-Verträge nicht braucht. Es werden immer diese ganzen Zertifizierungsgeschichten vorgeschoben [gemeint ist der Vertrag über die technischen Handelshemmnisse, mw], aber wenn man etwas die Zahlen studiert, dann ist das eigentlich relativ nebensächlich. Ich glaube, was die Wirtschaft wirklich will, ist die Personenfreizügigkeit. Und über die Personenfreizügigkeit stimmen wir in diesem Vertragspaket nicht ab, sie steht ja nicht zur Disposition. Aber sie steht zur Disposition mit der Initiative zur 10-Millionen-Schweiz. Dort kommt sie zur Diskussion.

Ich glaube nicht, dass die Wirtschaft ohne das EU-Paket ein Problem kriegt. Auf der anderen Seite aber bin ich überzeugt, dass die Stabilität, die unser politisches System hat, die entscheidende Rahmenbedingung ist, die die Schweiz als Wirtschaftsstandort auszeichnet. Und wenn wir diese Qualität aufgeben, sind langfristig die Nachteile für die Wirtschaft grösser als irgendein kurzfristiges technisches Problem. Und das ist die Frage, die meines Erachtens bei den Wirtschaftsverbänden nicht gründlich genug diskutiert wird.

Denn wenn man die Wirtschaft nach den Vorteilen des Standorts Schweiz fragt, dann kommt immer an erster Stelle die hohe Stabilität des politischen Systems. Und was sind die Gründe für diese hohe Stabilität? Unsere Institutionen, die direkte Demokratie, der Föderalismus und das Milizsystem. Wenn man auf diese Faktoren verzichtet, stellt man eigentlich die besonderen Qualitäten unseres Wirtschaftsstandortes in Frage.

Sie halten ein obligatorisches Referendum mit Ständemehr zum Paket Schweiz-EU für unabdingbar. Können Sie das genauer ausführen?

Das ist eigentlich die Frage, die mich in diesem Zusammenhang am meisten erschüttert. Die Selbstverständlichkeit, mit der der Bundesrat sagt: Es braucht kein Ständemehr. Nach meiner Beurteilung wäre das EU-Vertragspaket die wichtigste institutionelle Reform seit dem 19. Jahrhundert, seit der Einführung des Gesetzesreferendums und der Volksinitiative. Das verändert unser politisches System. Nach unserem Verständnis haben derart grundlegende Veränderungen Verfassungsrang und müssen dem Ständemehr und dem Volksmehr unterstellt werden. Dass es technisch nur Gesetze sind, das ist eine formalistische Argumentation, die nicht korrekt ist. Das hat mich am meisten beschäftigt, wie hier der Bundesrat politisch und taktisch argumentiert und nicht staatsrechtlich.

Das ist es ja auch, was Oliver Zimmer sagt: Hier wird mit dem Vertrauen der Bevölkerung gespielt. Dies gilt auch für den erläuternden Bericht des Bundesrates [zum Vertragspaket Schweiz-EU, mw]. Ich habe mir die Mühe genommen und die 931 Seiten gelesen. Eigentlich ist es eine Propagandaschrift, und das ist einfach nicht korrekt. Es ist nicht die Aufgabe der Bundesverwaltung und des Bundesrates, in dieser Art und Weise die politische Diskussion zu manipulieren. Und das beschäftigt mich fast noch mehr als die ganze EU-Vertragsgeschichte.

Die politische Willensbildung war schon das Thema meiner Doktorarbeit, die rechtsstaatlichen Bedingungen einer korrekten politischen Willensbildung. Und da wird heute sehr fahrlässig gehandelt in Bundesbern. Ich glaube, das Problem liegt primär bei der Verwaltung und bei einem Bundesrat, der seine Verwaltung nicht mehr im Griff hat.

Vielen Dank für das aufschlussreiche Gespräch, Herr Dr. Weigelt. •

¹ Schmid, Stefan. «Diese EU-Verträge brauchen wir nicht». Interview mit Kurt Weigelt. In: «St. Galler Tagblatt» vom 6.11.2025

* Kurt Weigelt studierte Rechtswissenschaften an der Universität Bern und promovierte mit einer Arbeit zu den Möglichkeiten einer staatlichen Parteienfinanzierung. Er ist Einzelhandels-Unternehmer und Ehrensensator der Universität St. Gallen. Von 2007 bis 2018 war er Direktor der Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell. Weigelt ist verheiratet und Vater von vier Kindern.



ISBN 978-3-03980-019-3